

Ressort: Finanzen

Finanz- und Arbeitsministerium unternehmen Vorstoß zur Betriebsrente

Berlin, 12.05.2017, 18:00 Uhr

GDN - Um den Gesetzentwurf für den Ausbau der Betriebsrenten zu retten, haben die Bundesministerien für Finanzen und für Arbeit einen überraschenden Vorstoß unternommen: In einem Schreiben an die verhandelnden Abgeordneten haben sie "Vorschläge für Formulierungshilfen" unterbreitet, die das sogenannte Garantieverbot aufweichen würden, berichtet der "Spiegel". Das Verbot bedeutet, dass der Arbeitnehmer keinerlei Garantie für die Höhe seiner künftigen Betriebsrente erhält.

Ziel des neuen Vorschlags ist es, den Versicherten weiterhin eine Mindestrente zu ermöglichen. Das würde das geplante Sozialpartnermodell grundlegend verändern, bei dem künftig die Tarifparteien die Betriebsrente für ihre Mitglieder aushandeln sollen, schreibt der "Spiegel". In dem Modell war statt einer festen Rentenhöhe eine sogenannte Zielrente geplant, die nicht garantiert gewesen wäre. Das wollte vor allem die CSU nicht mittragen. Die Versicherten würden das nicht wollen, so das Argument. Die "mögliche Lösung" laut der Ministerien: Die Betriebsrentner sollen zum Rentenbeginn in ein privates Vorsorgeprodukt wechseln dürfen, das eine Mindestrente garantiert.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-89289/finanz-und-arbeitsministerium-unternehmen-vorstoss-zur-betriebsrente.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619